

Christoph Lange

Jahresabschluß- informationen und Unternehmensbeurteilung

B47 884

Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt

C. E. Poeschel Verlag Stuttgart

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	V
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XVI
<i>Abbildungsverzeichnis</i>	XX
Problemstellung und Gang der Untersuchung	1
I. Struktur der externen Jahresabschlußinformationen und die Aufgaben einer entscheidungsorientierten Unternehmensbeurteilung	5
1. Begriff und Abgrenzung der externen Jahresabschlußinformationen	7
1.1. Externe versus interne Interessentenkreise von Unternehmensinformationen	7
1.1.1. Mögliche Unterscheidungskriterien	7
1.1.2. Interne Interessentenkreise	10
1.1.3. Externe Interessentenkreise	12
1.2. Begriff der externen Jahresabschlußinformationen	13
1.2.1. Jahresabschlußinformationen als Informationen über die »wirtschaftliche Lage«	13
1.2.2. Externe Jahresabschlußinformationen versus Unternehmenspublizität	15
2. Aufgaben einer entscheidungsorientierten Unternehmensbeurteilung	15
2.1. Bestimmung der wirtschaftlichen Lage eines Unternehmens als »Einkommenslage« im Interesse der externen Unternehmensbeteiligten ..	15
2.2. Wirtschaftliche Lage (Einkommenslage) als »Vermögens-, Finanz- und Ertragslage« und die Aussagemängel des handelsrechtlichen Jahresabschlusses	17
2.3. Wirtschaftliche Lage (Einkommenslage) als Effektivlage und die mögliche Ergänzung des handelsrechtlichen Jahresabschlusses um allgemein verfügbare sowie benutzerspezifische Zusatzinformationinstrumente	18
2.4. Implikationen für das weitere Vorgehen	20
	VII

3.	<i>Arten finanzieller Unternehmensinformationen zur externen Unternehmensbeurteilung</i>	26
3.1.	Externe Unternehmensinformationen, insbesondere Jahresabschlußinformationen, auf gesetzlicher Basis	27
3.1.1.	Allgemein verfügbare Jahresabschlußinformationen auf gesetzlicher Basis (handelsrechtliche Zwangspublizität)	27
3.1.1.1.	Abgrenzung und Überblick	27
3.1.1.2.	Periodische (jährliche und unterjährige) Zwangspublizität der Kapitalgesellschaften	29
3.1.1.3.	Periodische Zwangspublizität der Genossenschaften	32
3.1.1.4.	Periodische Zwangspublizität der Großunternehmen im Sinne des Publizitätsgesetzes	32
3.1.1.5.	Periodische Zwangspublizität der Versicherungsunternehmen und der Kreditinstitute	35
3.1.1.6.	Sonderfälle periodischer Zwangspublizität, insbesondere aufgrund der Börsenzulassung von Schuldverschreibungen	36
3.1.1.7.	Fallweise Zwangspublizität eines Börsenzulassungsprospektes	36
3.1.1.8.	Fallweise spezielle Mitteilungspflichten und Sonderbilanzen, insbesondere Abwicklungsbilanzen	37
3.1.1.9.	Zusammenfassung: Informationsinstrumente und Informationsgrenzen im Rahmen der handelsrechtlichen Zwangspublizität	38
3.1.2.	Exkurs: Nicht-allgemein verfügbare Unternehmensinformationen an staatliche Kontroll- und Genehmigungsinstanzen	40
3.1.3.	Adressatenspezifische Unternehmensinformationen auf gesetzlicher Basis	42
3.1.3.1.	Informationen gegenüber kreditgewährenden Kreditinstituten	43
3.1.3.2.	Informationspflichten gegenüber Belegschaft und Belegschaftsvertretern in Betriebsrat und Wirtschaftsausschuß	43
3.1.3.3.	Informationspflichten gegenüber Aktionären in der Hauptversammlung	44
3.1.3.4.	Informationspflichten gegenüber Gläubigern bei Insolvenz	45
3.1.3.5.	Zusammenfassung: Informationsgrenzen adressatenspezifischer Unternehmensinformationen	46
3.2.	Externe Unternehmensinformationen, insbesondere Jahresabschlußinformationen, auf freiwilliger Basis	46
3.2.1.	Bedeutung freiwilliger Unternehmensinformationen	46
3.2.1.1.	Bedeutung freiwilliger Publizität als Teilbereich der Öffentlichkeitsarbeit	47
3.2.1.2.	Bedeutung benutzerspezifischer Unternehmensinformationen	47
3.2.2.	Allgemein verfügbare freiwillige Jahresabschlußinformationen (freiwillige Unternehmenspublizität): Abgrenzung und Arten	48
3.2.3.	Freiwillige Zusatzinformationen zum handelsrechtlichen Jahresabschluß: Klassifizierung der Berichtspraxis	48
3.2.4.	Benutzerspezifische freiwillige Unternehmensinformationen	51
4.	<i>Erweiterung der allgemein verfügbaren Unternehmensinformationen durch Zusatzinformationssysteme zum handelsrechtlichen Jahresabschluß</i>	61
4.1.	Vorliegende Ergänzungs- und Verbesserungsvorschläge nationaler und internationaler Institutionen: Überblick	61
4.2.	Obligatorische Zusatzinformationen nach neuem Recht: Überblick	65

II.	Informationsbedürfnisse externer Unternehmensbeteiligter als Beurteilungs- und Ausgestaltungs-kriterien für externe Jahresabschlußinformationen	73
1.	<i>Bedeutung einer behavioristischen Theorie des Unternehmens für die Ableitung individueller Informationsbedürfnisse</i>	75
1.1.	Dimensionen künftiger individueller Einkommensströme als grundsätzlicher Informationsbedarf der Unternehmensbeteiligten	75
1.2.	Implikationen der behavioristischen Unternehmenstheorie: Benutzerspezifisches, entscheidungsorientiertes Vorgehen	76
2.	<i>Methoden zur Ableitung der Informationsbedürfnisse externer Unternehmensbeteiligter</i>	77
2.1.	Traditioneller deduktiver Ansatz: Literaturüberblick und Kritik	77
2.2.	Empirisch-induktive Ansätze zur Ermittlung der Informationsbedürfnisse	77
2.2.1.	Individuelle Befragung von Unternehmensbeteiligten: Charakterisierung der Untersuchungen und kritische Würdigung	79
2.2.2.	Durchführung individueller Entscheidungsexperimente: Charakterisierung der Untersuchungen und kritische Würdigung	82
2.2.3.	Empirische Beobachtung des (aggregierten) Kapitalmarktverhaltens auf Unternehmensinformationen: Charakterisierung der Kapitalmarktstudien und kritische Würdigung	83
3.	<i>Grenzen der empirisch-induktiven Ansätze und Implikationen für das weitere Vorgehen: Entscheidungsmodellorientierte Ableitung des Informationsbedarfs</i>	87
III.	Ableitung des entscheidungsorientierten Informationsbedarfs der potentiellen Unternehmenskäufer und Anforderungen an benutzerspezifische Jahresabschlußinformationen	95
1.	<i>Abgrenzung des Interessentenkreises</i>	97
2.	<i>Unternehmenskauf als Planungsprozeß im Rahmen der strategischen Planung und die Funktionen der Unternehmensbewertung</i>	97
3.	<i>Informationsbedarf im Rahmen der (ordinalen) Vorbewertung der Akquisitionskandidaten</i>	99
3.1.	Vorschlag eines Scoring-Modells und Implikationen für den Informationsbedarf	99
3.2.	Exkurs: Mögliche Verbesserungen des Informationsstandes durch die PIMS-Studie und Implikationen für den Informationsbedarf	102

4.	<i>Informationsbedarf im Rahmen der (kardinalen) Unternehmensbewertung zur Grenzpreisermittlung</i>	103
4.1.	Grundmodell der Unternehmensbewertung: Unternehmenswert als Zukunftserfolgswert	103
4.1.1.	Grundsätze ordnungsmäßiger Unternehmensbewertung	103
4.1.2.	Ermittlung des Zukunftserfolgswertes bei sicheren Erwartungen und vollkommenem/unvollkommenem Kapitalmarkt	105
4.1.3.	Ermittlung des Zukunftserfolgswertes bei unsicheren Erwartungen	106
4.2.	Grundsätzliche Probleme der Datenbeschaffung und Datenauswertung bei der Unternehmensbewertung	108
4.3.	Parameter des Zukunftserfolgswert-Modells als Determinanten des Informationsbedarfs der Unternehmenskäufer	110
4.3.1.	Individuelle Nettoentnahmen als Meßgrößen des Unternehmenserfolges	110
4.3.2.	Exkurs: Simulationsmodell zur Ermittlung künftiger Nettoentnahmen (bzw. Einzahlungsüberschüsse)	111
4.3.2.1.	Skizzierung eines Simulationsmodells als Idealmaßstab für die Ausgestaltung von Zusatzinformationsinstrumenten	111
4.3.2.2.	Implikationen für den Informationsbedarf	114
4.3.3.	Betriebliche Einzahlungsüberschüsse als Meßgrößen des Unternehmenserfolges und Implikationen für den Informationsbedarf	115
4.3.4.	Betriebliche Ertragsüberschüsse als Meßgrößen des Unternehmenserfolges und Implikationen für den Informationsbedarf	116
4.3.5.	Liquidationswert als Meßgröße des Unternehmenserfolges und Implikationen für den Informationsbedarf	120
5.	<i>Ergebnis: Informationszugangsabhängiger Informationsbedarf der Unternehmenskäufer und Ausgestaltungs-kriterien für benutzerspezifische Zusatzinformationsinstrumente</i>	123
5.1.	Finanzplan und Vermögensstatus als ideale Informationsinstrumente und die Ergänzung des handelsrechtlichen Jahresabschlusses um prospektive Zusatzinformationsinstrumente	123
5.2.	»Externe« Unternehmensbewertung: Ergänzung des handelsrechtlichen Jahresabschlusses um retrospektive Zusatzinformationsinstrumente	125
6.	<i>Implikationen für den Informationsbedarf anderer externer Unternehmensbeteiligter</i>	126

IV.	Ableitung des entscheidungsorientierten Informationsbedarfs der Gläubiger und Anforderungen an benutzerspezifische und allgemein verfügbare Jahresabschlußinformationen	139
1.	<i>Abgrenzung des Interessentenkreises</i>	141
	1.1. Unterscheidung nach dem Entstehungsgrund der Gläubigerposition ..	141
	1.2. Unterscheidung nach dem Informationsanspruch des Gläubigers ...	141
2.	<i>Grundsätzlicher Informationsbedarf für Kreditentscheidungen: Determinanten des Insolvenzrisikos</i>	142
3.	<i>Finanzplanorientierte Kreditbewertung als Idealmodell zur unternehmensindividuellen Insolvenzprognose: Implikationen für den benutzerspezifischen Informationsbedarf</i>	143
	3.1. Abgrenzung der Kreditbewertung zur Unternehmensbewertung	143
	3.2. Finanzplan als ideales Informationsinstrument	144
	3.3. Kreditstatus als Plan-Vermögensstatus	145
	3.4. Implikationen für den Informationsbedarf	146
4.	<i>Hilfsmodelle zur Insolvenzprognose: Implikationen für den Informationsbedarf</i>	147
	4.1. Klassische Kennzahlenanalyse zur unternehmensindividuellen (fundamentalanalytischen) Insolvenzprognose	147
	4.1.1. Kritische Würdigung des Ansatzes und Implikationen für den Informationsbedarf	147
	4.1.2. Bedeutungsnischen der klassischen Kennzahlenanalyse: Kennzahlennormen	148
	4.2. Empirisch-statistische Kennzahlenanalyse zur unternehmensklassifizierenden Insolvenzprognose	149
	4.2.1. Charakterisierung des Ansatzes	149
	4.2.2. Implikationen für den Informationsbedarf: Exemplarische Darstellung anhand der Untersuchungen von Altman und Gebhardt	150
	4.3. Verbesserte Ansätze zur fundamentalanalytischen Kreditwürdigkeitsprüfung: Effektivlagebezogene Indikatoranalyse	154
5.	<i>Ergebnis: Informationszugangsabhängiger Informationsbedarf der Gläubiger</i>	156
	5.1. Finanzplan und Kreditstatus als ideale benutzerspezifische Informationsinstrumente	156
	5.2. »Externe« Kreditwürdigkeitsanalyse: Ergänzung des handelsrechtlichen Jahresabschlusses um Zusatzinformationssysteme	156
	5.2.1. Ergänzung um adressatenspezifische Zusatzinformationssysteme: Hinweise zur Auslegung von § 18 Satz 1 KWG	156
	5.2.2. Ergänzung um allgemein verfügbare Zusatzinformationssysteme ..	157

V.	Ableitung des entscheidungsorientierten Informationsbedarfs der Anteilseigner und Anforderungen an allgemein verfügbare Jahresabschlußinformationen .	165
1.	<i>Analyse der Übertragbarkeit der bisherigen Ergebnisse auf den Informationsbedarf der Anteilseigner</i>	167
1.1.	Charakterisierung von Anteilseignerentscheidungen und das Grundmodell fundamentaler Anteilsbewertung	167
1.2.	Implikationen für den grundsätzlichen Informationsbedarf bei fundamentalanalytischer Sicht	169
1.3.	Unternehmensbewertung versus Anteilsbewertung	170
2.	<i>Fragwürdigkeit fundamentalanalytischer Aktienbewertungsmodelle im Lichte der neueren Kapitalmarktforschung</i>	171
2.1.	Effizienzthese und die mögliche Entscheidungsirrelevanz (allgemein verfügbarer) Jahresabschlußinformationen zur Kursprognose	171
2.2.	Nicht-Implikationen der mittelstrengen Effizienzthese für den Informationsbedarf der Anteilseigner	172
3.	<i>Exkurs: Anteilseignerentscheidungen auf Grundlage der technischen Analyse und Implikationen für den Informationsbedarf</i>	174
4.	<i>Ergebnis: Informationszugangsabhängiger Informationsbedarf der Anteilseigner und deren Berater</i>	175
4.1.	Ergänzung des handelsrechtlichen Jahresabschlusses um allgemein verfügbare Zusatzinformationssysteme	175
4.2.	Ergänzung des handelsrechtlichen Jahresabschlusses um benutzerspezifische Zusatzinformationssysteme	177
VI.	Ableitung des entscheidungsorientierten Informationsbedarfs der Arbeitnehmer und Anforderungen an allgemein verfügbare sowie adressatenspezifische Jahresabschlußinformationen	185
1.	<i>Charakterisierung von Arbeitnehmerentscheidungen und Implikationen für den Informationsbedarf</i>	187
2.	<i>Exkurs: Informationsbedarf der Arbeitnehmervertreter in Betriebsrat und Wirtschaftsausschuß</i>	189
3.	<i>Ergebnis: Informationszugangsabhängiger Informationsbedarf der Arbeitnehmer</i>	190
3.1.	Übertragbarkeit der bisherigen Ergebnisse im Hinblick auf (benutzerspezifische) Ideal-Informationssysteme	190

3.2. Ergänzung des handelsrechtlichen Jahresabschlusses um adressatenspezifische Zusatzinformationsinstrumente	190
3.2.1. Arbeitnehmervertreter als Adressaten: Hinweise zur Auslegung von § 106 und § 108 Abs. 5 BetrVG	190
3.2.2. Einzelne Arbeitnehmer als Adressaten: Hinweise zur Auslegung von § 43 Abs. 2 Satz 3 und § 110 Abs. 1 BetrVG	191
3.3. Ergänzung des handelsrechtlichen Jahresabschlusses um allgemein verfügbare Zusatzinformationsinstrumente	192

VII. Vorschläge für allgemein verfügbare Zusatzinformationsinstrumente zur Unternehmensbeurteilung auf Basis des gemeinsamen Informationsbedarfs der Unternehmensbeteiligten 197

1. <i>Gemeinsamer entscheidungsorientierter Informationsbedarf externer Unternehmensbeteiligter und Anforderungen an allgemein verfügbare Jahresabschlußinformationen</i>	199
1.1. Gemeinsamkeiten von Unternehmensbewertung, Kreditbewertung, Anteilseigner- sowie Arbeitnehmerentscheidungen und Implikationen für Ideal-Informationsinstrumente	199
1.2. Informationsgrenzen für bedarfsorientierte allgemein verfügbare und adressatenspezifische Jahresabschlußinformationen	201
1.3. Implikationen der Informationsgrenzen für die Ausgestaltung allgemein verfügbarer und adressatenspezifischer (freiwilliger) Jahresabschlußinformationen	203
2. <i>Möglichkeiten einer entscheidungsorientierten Unternehmensbeurteilung im Lichte der Diskrepanz zwischen dem gemeinsamen Informationsbedarf und dem beschränkten Informationspotential allgemein verfügbarer Jahresabschlußinformationen</i>	205
2.1. Fundamentale Indikatoranalyse und »predictive value«-Kriterium	205
2.2. Grenzen der externen Indikatoranalyse	206
3. <i>Erfolgsspaltungsrechnungen als Zusatzinformationsinstrumente</i>	208
3.1. Begriff und Aufgaben der Erfolgsspaltungsrechnung	208
3.1.1. Begriff der Erfolgsspaltung im Rahmen der Jahresabschlußanalyse	208
3.1.2. Ordentliche Periodenerfolge als »Indikatorgewinne« und Aufgaben der Erfolgsspaltungsrechnung	208
3.2. Möglichkeiten der Erfolgsspaltung nach neuem Recht	210
3.2.1. Erfolgsspaltungskonzeption im Rahmen der GVR gem. § 275 Abs. 2 HGB	210
3.2.2. Beurteilung der gesetzlichen Erfolgsspaltungskonzeption gem. § 275 Abs. 2 HGB	213

3.3.	Vorschlag für eine Erfolgsspaltungsrechnung auf Basis der GVR gem. § 275 Abs. 2 HGB als Zusatzinformationssystem	217
3.3.1.	Ausgestaltungsgrundsätze	217
3.3.1.1.	Abgrenzung des ordentlichen Erfolges	217
3.3.1.2.	Abgrenzung des außerordentlichen Erfolges	218
3.3.2.	Schema einer allgemein verfügbaren Erfolgsspaltungsrechnung	219
3.3.3.	Aussagegrenzen und Publizität einer Erfolgsspaltungsrechnung	224
3.4.	Annäherungsmöglichkeiten an eine Ideal-Erfolgsspaltungsrechnung durch weitere Zusatzinformationssysteme	225
3.4.1.	Verbesserungsmöglichkeiten durch Segmentpublizität	226
3.4.2.	Verbesserungsmöglichkeiten durch Substanzerhaltungsrechnungen	226
3.4.3.	Verbesserungsmöglichkeiten durch Zwischenberichte und Global- Prognosepublizität	227
3.4.4.	Verbleibende Aussagegrenzen von Erfolgsspaltungsrechnungen	227
4.	<i>Wertschöpfungsrechnungen als Zusatzinformationssysteme</i>	234
4.1.	Begriff und Aufgaben der Wertschöpfungsrechnung	234
4.1.1.	Bisherige Untersuchungsergebnisse	234
4.1.2.	Wertschöpfungsrechnung zur Ermittlung des betrieblichen Beitrages zum »Volkseinkommen«	235
4.1.2.1.	Begriff der Wertschöpfung	235
4.1.2.2.	Ermittlungsmöglichkeiten und -grenzen auf Basis der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 275 Abs. 2 HGB	236
4.1.2.3.	Wertschöpfungsrechnung im Rahmen der externen Jahresabschluß- analyse	238
4.1.3.	Wertschöpfungsrechnung als einkommenslagebezogenes Informa- tionssystem für externe Unternehmensbeteiligte	240
4.1.4.	Wertschöpfungsrechnung in der bisherigen deutschen Publizitäts- praxis	241
4.2.	Vorschlag für eine Wertschöpfungsrechnung als Zusatzinformationssystem	241
4.2.1.	Ausgestaltungsgrundsätze	241
4.2.1.1.	Grundsatz der Zweckentsprechung	242
4.2.1.2.	Grundsatz der Objektivierung und Periodisierung	242
4.2.1.3.	Grundsatz der Gliederung und der Wertschöpfungsspaltung	243
4.2.2.	Schema einer Wertschöpfungsrechnung als Zusatzinformationssystem	243
4.2.2.1.	Vorschlag einer Wertschöpfungs-Entstehungsrechnung	243
4.2.2.2.	Vorschlag einer Wertschöpfungs-Verwendungsrechnung	247
4.2.3.	Strittige Probleme der Ausgestaltung von Wertschöpfungsrechnun- gen	247
4.2.3.1.	Brutto- versus Netto-Wertschöpfungsrechnung: Das Problem der Ab- schreibungen	247
4.2.3.2.	Erfassung der Pensionsrückstellungen	251
4.2.4.	Publizität der Wertschöpfungsrechnung	252
4.3.	Aussagegrenzen von Wertschöpfungsrechnungen	253

5.	<i>Finanzflußrechnungen als Zusatzinformationssysteme</i>	261
5.1.	Begriff und Aufgaben von Finanzierungsrechnungen	261
5.2.	Aussagewert einer Kapitalflußrechnung als Zusatzinformationssystem	262
5.3.	Vorschlag für eine Finanzflußrechnung als Zusatzinformationssystem	264
5.3.1.	Ausgestaltungsgrundsätze	264
5.3.1.1.	Erfassung unperiodisierter Zahlungsgrößen	264
5.3.1.2.	Gliederung nach den Sektoren der Einzahlungsherkunft und Auszahlungsverwendung	264
5.3.2.	Schema einer retrospektiven Finanzflußrechnung	266
5.4.	Aussagewert und Publizität einer Finanzflußrechnung	266
6.	<i>Statusrechnungen als Zusatzinformationssysteme</i>	274
6.1.	Begriff und Aufgaben von Statusrechnungen	274
6.2.	Gesetzliche Statuskonzeptionen	274
6.2.1.	Statusangaben in Handels- und Steuerbilanz	274
6.2.2.	Exkurs: Statusangaben in der steuerlichen Vermögensaufstellung	275
6.3.	Vorschlag für eine Statusrechnung als allgemein verfügbares Zusatzinformationssystem	275
 VIII. Zusammenfassung		281
 <i>Literaturverzeichnis</i>		285
 <i>Rechtsquellenverzeichnis</i>		306
 <i>Stichwortverzeichnis</i>		308